

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Mittelkürzung bei den Jobcentern stoppen - Jobcenter bedarfsgerecht ausstatten - Integration in Arbeit nicht weiter behindern

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Seit Jahren sind die Jobcenter, deren Auftrag die umfassende Unterstützung erwerbsfähiger Leistungsberechtigter nach dem SGB II mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit ist, unterfinanziert.

Nach den vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bekannt gemachten Orientierungswerten sollen im Haushaltsjahr 2018 für Ostdeutschland sowohl die Bundesmittel für die Eingliederungsleistungen als auch die Bundesmittel für die Verwaltungskosten gekürzt werden.

Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet dies konkret eine Kürzung bei den Eingliederungsmitteln um ca. 15 Prozent bzw. ca. 19 Millionen Euro und bei den Verwaltungsmitteln um fast acht Prozent bzw. fast zwölf Millionen Euro. Sowohl bei den Eingliederungsmitteln als auch bei den Verwaltungsmitteln stellt dies die bundesweit höchsten prozentualen Kürzungen dar.

Die jüngste Anhörung im Landtag ergab die einhellige Einschätzung, dass sich die Eingliederung langzeitarbeitsloser Erwerbsfähiger künftig in jeglicher Hinsicht aufwändiger und langwieriger gestalten wird. Insofern ist diese Mittelkürzung kontraproduktiv und erschwert eine erfolgreiche Integration in Arbeit.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in geeigneter Weise auf Bundesebene für eine bedarfsgerechte finanzielle, personelle und instrumentelle Ausstattung der Jobcenter einzusetzen und zunächst die geplante Mittelkürzung für das Jahr 2018 zu stoppen.

Simone Oldenburg und Fraktion